

RESOLUTION ZUR REFORMPOLITIK IM GESUNDHEITSWESEN

Der Bundesvorstand der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU nimmt zum Reformvorhaben der Bundesregierung im Gesundheitswesen Stellung. Dazu erklärt er:

Die MIT ersucht die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag und die Entscheidungsträger der Union in den Ländern, einer Reform des Gesundheitswesens nur bei Erfüllung nachstehender Prämissen zuzustimmen:

1. Die Finanzierung des deutschen Gesundheitswesens muss langfristig auf eine sichere Basis gestellt und nachhaltig demographiefest werden.
2. Mit einer Beitragsreform müssen die Weichen dafür gestellt werden, die Finanzierung des Gesundheitswesens von den Lohnnebenkosten abzukoppeln und auf längere Sicht die Lohnnebenkosten zu senken.
3. Die Ausdehnung des staatlichen Einflusses auf das Gesundheitswesen, die Beschränkungen für die Selbstverwaltung und Zentralismus sind abzulehnen. Selbstverwaltung und das Prinzip der Subsidiarität sind in den Vordergrund zu stellen.
4. Die Ausweitung der Eingriffsmöglichkeiten des Staates in Vertragsgestaltung und Leistungen und die Einführung von GKV-Strukturen der PKV sind abzulehnen. Die Eigenständigkeit der PKV ist zu wahren.
5. Auch in Zukunft müssen alle Versicherte vom medizinischen Fortschritt profitieren können und eine flächendeckende medizinische und pharmazeutische Versorgung sichergestellt sein.
6. Die überwiegend mittelständischen und freiberuflichen Strukturen im Gesundheitswesen dürfen nicht geschwächt werden. Die Leistungserbringung durch mittelständisch und freiberuflich tätige Gesundheitsberufe ist zu fördern.
7. Der Versicherte soll und muss stärker in den Mittelpunkt des Gesundheitswesens treten. Eine Reform muss finanzielle Anreize für gesundheitsförderndes Verhalten bieten. Versicherungsfremde Leistungen müssen aus dem Katalog der Krankenversicherung gestrichen werden.
8. Um eigenverantwortlich Entscheidungen treffen zu können, ist die Kostentransparenz und die Vertragsfreiheit zwischen Versicherten und Leistungserbringer herzustellen. Hierzu muss im Ergebnis die Umsteuerung vom Sachleistungs- zum Kostenerstattungsprinzip erleichtert werden.

Begründung:

Ein Mindestmaß grundlegender Positionen der Union müssen sich in einer Gesundheitsreform wieder finden. Die Union kann und darf nicht Wegbereiter einer Gesundheitsreform sein, die fern marktwirtschaftlicher Prinzipien den Staatsdirigismus weiter ausbaut.